

GEHEIMDIENSTE

Titanic auf Zickzack-Kurs

Der Ex-Vize des Verfassungsschutzes offenbart in einem Brief, wie die Behörde außer Kontrolle geriet. Alexander Eisvogel: Schreiben ist eine Abrechnung.

Der Duft von Dillkartoffeln hing in der Luft, als Alexander Eisvogel, 48, offiziell verabschiedet wurde. Der Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) war noch einmal aus dem Urlaub zurückgekehrt, um am letzten Freitag im Juli der Rede seines Präsidenten Hans-Georg Maaßen zu lauschen, in der Kantine der Kölner Behörde, kurz vor dem Mittagstisch für mehr als 1500 Geheimdienstmitarbeiter.

Maaßen bedankte sich vor der versammelten Belegschaft bei Eisvogel, der an der „Zukunftsorientierung des Inlandsnachrichtendienstes entscheidend mitgewirkt“ habe. Das war alles, danach gab es Menü 1 bis 5.

Inzwischen hat sich Alexander Eisvogel auch um die Vergangenheitsbewältigung des BfV verdient gemacht. Der Spitzenbeamte hat einen Abschiedsbrief geschrieben – und skizziert darin schonungslos eine Behörde, deren Führung die Kontrolle entglitten ist. „Wir waren wie die Titanic auf großer Fahrt“, schreibt der ausgeschiedene Vizechef, „ziellos im Zickzack über den ‚VS-Atlantik‘ unterwegs! Und das mit vielen Eisbergen voraus.“

Das Sieben-Seiten-Papier stellte Eisvogel vor seinem Wechsel an die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in das für alle BfV-Mitarbeiter einsehbare Intranet ein. Es bietet Einblicke in eine Welt, die seit dem Skandal um die rechte Terrorgruppe NSU aus den Fugen geraten ist. Es ist eine Streitschrift für eine Radikalreform des Inlandsgeheimdienstes – zugleich wirft der Brief aber auch ein Licht auf jenen Mann, der versuchte, das BfV durch die Krise zu lotsen: Eisvogel selbst.

Als der Jurist im Frühjahr 2010 zweiter Mann des Verfassungsschutzes wurde, kannte er das Amt bereits in- und auswendig. In der Geheimdienstzentrale hatte Eisvogel Karriere gemacht, war zum Leiter der Islamismus-Abteilung aufgestiegen. 2006 holte ihn das CDU-geführte Hessen an die Spitze seines Landesamtes für Verfassungsschutz. Beste Voraussetzungen also für den nächsten Karriereschritt am Rhein.



MAURICE WEISS / OSTKREUZ

Ehemaliger Verfassungsschützer Eisvogel
Jahresplan ohne Zielorientierung

„Ich hielt mich für einen ganz Großen“, schreibt Eisvogel in seinem Papier unverblümt. Dass sich der smarte Mittvierziger selbst als besseren Präsidenten sah, war im Hochsicherheitskomplex von Köln-Chorweiler ohnehin ein offenes Geheimnis. So verwundert es kaum, dass die Probleme beim Verfassungsschutz laut Eisvogel nicht erst mit seiner Rückkehr begannen, sondern schon viel früher. Jahrelang habe der damalige Präsident Heinz Fromm eine „Führung an der langen Leine“ praktiziert. Diesem als „alternativlos“ empfundenen Stil habe er, Eisvogel, sich angepasst.

Wenn das Bild vom deutschen Inlandsnachrichtendienst zutrifft, das der BfV-Vize in dem Schreiben entwirft, dann war die Amtsleitung vom Alltag der Agenten, der Auswerter und V-Mann-Führer so weit entfernt wie Berlin vom Rhein.

Fromm und Eisvogel widmeten sich demnach „völlig“ den „zahllosen, ach so wichtigen Terminen in Berlin und im Ausland“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz mit seinen insgesamt 2700 Mitarbeitern sei nicht von der Amtsleitung, sondern von den Abteilungsleitern geführt worden.

„Wir waren der Auffassung, dass Sie schließlich jederzeit um einen Termin bitten konnten. Das musste reichen“, schreibt Eisvogel selbstkritisch an die Mitarbeiter des Hauses. Und resümiert nüchtern: „Dass im Laufe der Jahre immer weniger zu uns kamen, fiel uns, fiel mir eigentlich kaum auf.“

Mit seiner Kritik trifft der ehemalige Vize einen sensiblen Punkt. Denn es waren vor allem schwere Kommunikationsdefizite, die dem Verfassungsschutz seine wohl größte Identitätskrise der vergangenen Jahrzehnte bescherten. Bei der Suche nach den Killern von acht türkischstämmigen Männern sowie einem Griechen operierten die Geheimdienstler von Bund und Ländern mitsamt ihren V-Leuten oft blind und ahnungslos nebeneinanderher. Dass die Mordserie auf das Konto von Rechtsextremisten gehen könnte, zog kaum einer von ihnen in Erwägung.

Kommunikationsmängel kosteten auch BfV-Chef Heinz Fromm das Amt. Kurz nach der Enttarnung der NSU-Gruppe im November 2011 ließ ein Referatsleiter Akten von sieben V-Leuten aus dem Umfeld der Terroristen schreddern. Als die Aktion acht Monate später bekannt wurde, zog ein wütender, von seinen Leuten enttäuschter Fromm die Konsequenz – und ließ sich in den Ruhestand versetzen. Eisvogel blieb als Vize im Amt, galt aber als angeschlagen.

In seiner Abschiedsnote fragt er sich nun, ob man die Schuld für die Reißwolf-Aktion „allein bei denen abladen kann“, die sie ausführten und danach vertuschten. Oder ob der Vorgang nicht vielmehr ein „Symptom für die Sprachlosigkeit“ zwischen Amtsleitung und Arbeitsebene sei. So viel Selbstkritik war bislang selten bei der Aufarbeitung des NSU-Komplexes.

Eisvogels Gedanken zum Abgang sind auch ein Dokument der Resignation, geschrieben von einem, der an seinen Ansprüchen gescheitert ist. Dass Reformen im Amt nötig waren, habe er bereits vor der NSU-Affäre erkannt, schreibt

umgekehrt. Wir waren der Auffassung, dass Sie schließlich jederzeit um einen Termin bitten konnten und das musste reichen. Dass im Laufe der Jahre immer weniger zu uns kamen, fiel uns, fiel mir eigentlich kaum auf. Wenn mir offensiv keine Fragen gestellt wurden, keine Probleme angetragen wurden, gab es halt keine. Schließlich konnte man hat sich ja völlig mit den zahllosen, ach so wichtigen Terminen in Berlin und im Ausland beschäftigen. Dass ich es aus Hessen und auch aus der Abteilung 6 eigentlich anders kannte, dass

Ausschnitt aus dem Eisvogel-Brief: Ein Dokument der Resignation

er. Die Veränderungen seien jedoch „zu vorsichtig begonnen“ oder „einfach verschoben“ worden. „Wir mögen einen Jahresplan gehabt haben, aber keine Zielorientierung.“

Auch das lausige Image der Behörde, die Politiker von Grünen und Linken am liebsten ganz auflösen würden, thematisiert Eisvogel. „Wir werden von Teilen der Gesellschaft als Anachronismus empfunden“, räumt der ehemalige Vize ein, „also dürfen wir auf keinen Fall wie ein Anachronismus wirken!“

Das ist leichter gesagt als getan. BfV-Präsident Maaßen, seit gut einem Jahr im Amt, kämpft an mehreren Fronten gegen die schlechte Verfassung des Inlandsgeheimdienstes. Und die wohl schwierigste Front ist der Streit mit den Chefs der Landesämter für Verfassungsschutz über Zuständigkeiten.

Kaum weniger problematisch ist die Kommunikation nach außen, die sich seit der Entdeckung des NSU kaum verbessert hat. Als der SPIEGEL vergangene Woche detaillierte Fragen zu einer geheimen, von BfV, Bundesnachrichtendienst und dem amerikanischen Geheimdienst CIA gemeinsam betriebenen Datensammelstelle nach Köln schickte, ließ das Amt die Fragen zunächst weitgehend unbeantwortet. Keine Auskunft darüber, wann das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags über das „Projekt 6“ unterrichtet wurde.

Nachdem der SPIEGEL-Artikel öffentlich wurde, lieferte das Amt ein Informationshäppchen nach: Das BfV erklärte, dass die Politiker des Gremiums über den Vorgang informiert seien. Am vergangenen Dienstag legte das Amt dann in einer weiteren Presseerklärung offen, wann das geschehen war: am 12. August, also zu einem Zeitpunkt, als die Behörde bereits von den SPIEGEL-Recherchen zu Projekt 6 wusste.

Selbst intern gilt diese Krisen-PR als unglücklich. Dabei hätte Maaßen frühzeitig in die Offensive gehen können; schließlich trug er im Jahr 2010, als die gemeinsame Datenbank von BfV, BND und CIA abgeschaltet wurde, noch keine Verantwortung in Köln.

Ob Maaßen, dem Zurückhaltenden, die offenen Worte seines ausgeschiedenen Vizes gefallen haben, ist fraglich. Der Jurist, dessen Mitarbeiter über das hohe Arbeitspensum ihres Chefs stöhnen, will die verkrusteten Strukturen der Behörde aufbrechen. Dafür richtete er eigens eine „Querdenker-Gruppe“ ein. Mit seiner Abrechnung befeuert Eisvogel nun jene Kritiker, die ohnehin glauben, dass das Amt nicht zu retten sei. Ein paar Monate Reform, ein „bloßes ‚brush up‘“, schreibt Eisvogel, das werde nicht reichen: „Der Verfassungsschutz wird sich künftig dauerhaft anpassen und erneuern müssen.“

HUBERT GUDE



Kieler Oberbürgermeisterin Gaschke, Unternehmer Uthoff*: Geld verdient, Geld verbrannt

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Zum Schluchzen

Die Stadt Kiel erlässt einem Unternehmer fast vier Millionen Euro Schulden; dabei lebt der Mann im Luxus. Jetzt erreicht die Affäre Ministerpräsident Albig.

Der Chef der exklusiven Augenklinik Bellevue hat eine Yacht für die schnelle Spritztour. Schon etwas älter, aber eben eine Yacht, Sunseeker Tomahawk 37. Und ein Flugzeug, die zweimotorige Piper 23-250 Aztec, zwar aus den Siebzigern, aber immerhin ein Privatflugzeug. Dazu ein Reetdachhaus auf Sylt, im Nobel-Ort Kampen, das bestimmt ein paar Millionen wert ist. Kurz gesagt: Der Kieler Mediziner Detlef Uthoff besitzt, was die meisten Steuerzahler niemals besitzen werden. Und trotzdem hat die Kieler SPD-Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke getan, was die meisten Steuerzahler nie erleben werden: Sie hat ihm Steuerschulden erlassen, fast vier Millionen Euro.

Deshalb hat die Politikerin, die bis zu ihrer Wahl im November Redakteurin bei der „Zeit“ war, jetzt ein Problem. Es ist ein Problem, das sogar den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Torsten Albig (SPD), erfassen könnte. Der war Gaschkes Vorgänger im Bürgermeisteramt und offenbar sogar bereit, Uthoff notfalls noch stärker zu entlasten. Nur dass es in seiner Amtszeit noch nicht so weit kam.

In diesem Juni ordnete Gaschke persönlich und per Eilentscheid an, Uthoff 3,7 Millionen Euro Zinsen und Säumnisgebühren auf seine Gewerbesteuerschuld zu erlassen. Im Gegenzug erklärte sich der Arzt bereit, die Hauptschuld von 4,1 Millionen Euro in Raten abzustottern.

Gaschke verließ sich dabei auf ein Gutachten, wonach Uthoff pleite wäre, wenn

die Stadt alles von ihm fordern würde. Allerdings stammte das Gutachten von einem Uthoff-Berater; Uthoff selbst hat es bezahlt. Entsprechend groß sind nun die Zweifel, ob der Klinikchef wirklich so arm dran gewesen wäre – und ob die Stadt, wie Gaschke befürchtete, ohne diesen Deal wirklich kaum noch Geld von ihm gesehen hätte.

Fest steht, dass der Mediziner viel Geld verdient und viel Geld verbrannt hat, das erste mit dem Lasern von Augen, das zweite mit dem Kauf von Immobilien für mehrere hundert Millionen Mark in den achtziger und neunziger Jahren. Als er sie damals auf Druck der finanzierenden Banken wieder verkaufen musste, forderte die Stadt dafür Gewerbesteuer. Seit 2008, nach einem Dauerstreit vor Gericht, hat sie dafür auch einen rechtskräftigen Titel.

Den hätte Kiel danach problemlos durchsetzen können: Wie das Finanzministerium erläutert, läuft es in der Regel nämlich so, dass „im Falle eines rechtskräftigen Urteils nach nochmaliger Zahlungsaufforderung kurzfristig vollstreckt wird“. Doch im Gegensatz zum Finanzamt Kiel-Nord, das ebenfalls noch eine offene Rechnung mit Uthoff hat und am 27. Dezember 2012 die Vollstreckung androhte, verzichtete die Stadt auf die harte Tour. Stattdessen begann das Feilschen, schon unter Albig.

„Seit vielen Jahren fanden Gespräche mit der Stadt Kiel über eine Lösung der Gewerbesteuerfrage statt“, sagt dazu ein Uthoff-Sprecher. Und Gaschke, keine Freundin von Albig, verlor die Nerven und verwies auf ihren Vorgänger, der doch auch schon mit der Sache zu tun gehabt habe. Zuvor war Gaschke in der Ratsversammlung hart angegangen worden und hatte mal schluckend, mal schluchzend mit den Tränen gekämpft.

Wie weit Albig dem säumigen Uthoff schon entgegenkommen wollte, lässt er

* Als Sänger einer von ihm zusammengestellten Big Band.